

nung tragen. Und Marquet ging noch einen Schritt weiter, indem er besonders für den starken Staat eintrat und in einer polemik mit Poon Blum, der auf den alten Schlagwörtern von Freiheit und Gerechtigkeit herumriss, die Be-Präss "Autorität und Ordnung" in das sozialistische Programm einzuführen verlachte.

Man verachtet, dass die marxistischen Parteigäste bei solchen Tönen bedenklich mit den Köpfen wackelten. Kein Klauenkampf mehr. Neubildung der Partei auf nationaler Grundlage in einem Staat der Ordnung und Autorität — das ist doch die Umkehrung aller sozialistischen Grundätze in ihr Geiste! Man muss sich wundern und darf es wahrscheinlich als ein Zeichen ihrer hilflosen Schwäche auslegen, dass sie die Vertreter solch haarkrausenden Recherchen nicht einfach aus der Partei ausgeschlossen, sondern unter labem Protest geduldet haben, das das trojanische Pferd mit dem nationalsozialistischen Gedankengut im Innern in die Mauern ihrer marxistischen Festung hereinführte. Wie können wir des Nationalismus erneut, wenn sie sich seiner geliebten Waffen bedenklich machen? Diese Methode, durch Entlehnung und teilweise Verwirklichung seiner Ideen dem Nationalsozialismus den Wind aus den Segeln zu nehmen, hat in Deutschland schon offenkundigen Erfolg erzielt, das sich ihre Wiederholung nicht mehr lohnt. In den Händen von Sozialisten können abgängig die Grundsätze, nach denen die nationale Erhebung in Italien und Deutschland vor sich gegangen ist, gar nicht zu fruchtbaren Entfaltung kommen. Darum ist der von der französischen Gewaltstretie erhobene Verdacht nicht unbegründet, dass dieser Nationalismus der Einheit, wie man die neue Richtung wohl am leichtesten bezeichnet, in Frankreich nur entstanden wurde, um die Parteien der Linken mit den Mittelmaßen der Rechten an der Macht zu erhalten. Das Journal des Débats zum Beispiel konstruiert einen Zusammenhang dieses französischen Nationalismus mit der in den romanischen Ländern politisch sehr einflussreichen Freimaurerei und kommt bei der Untersuchung dieser geheimen Verbindungen zu dem Schluss: "Die französischen Vögel und die Neuozialisten richten sich nur noch auf den herrschenden Mode. Obwohl sie sich als Veneren des Nationalismus bei den anderen gebärden, beachteten sie, dessen Regierungsmethoden zu ihrem eigenen Nutzen anzuwenden, um

sich an der Macht zu erhalten. Sie haben eingesehen, dass es vorteilhafter ist, gewisse große Erbänderungen für sich einzufangen, statt den vergeblichen Versuch ihrer Einschämung zu machen, und sie werden nicht zögern, die Rahmen der Demokratie zu verlassen, um ihre eigene Machtposition zu retten." Die französische Presse, die sich mit diesen Vorgängen sehr eingehend beschäftigt, hältgt einem solchen Bericht der abgewirtschafteten Linken allerdings, schon wegen dem Mangel an geeigneten Führern in diesen Reihen, keine großen Erfolgsaussichten zu. Da aber die Bewegung zusammenfällt mit einer heftigen Propaganda für eine nationale Diktatur, als deren Vorführer der frühere Ministerpräsident Tardieu auftritt, in der Schluss erachtet wird, dass die innere Lage in Frankreich schnell einer Aenderung des parlamentarisch-demokratischen Regierungs-ystems entgegensteht.

Doch das sind Angelegenheiten der französischen Innenpolitik, in die wir uns ebenso wenig einmischen wollen, wie wir unterschieden die verschiedenen Plauschungsvorläufe Frankreichs in die politische Entwicklung in Deutschland einzuweilen. Was uns an den Vorgängen im französischen Sozialismus vor allem interessiert, das ist das darin liegende Geschehen, das weder der französische noch der internationale Marxismus imstande ist, seine alten Ideen, sei es durch Reformen, sei es durch eine revolutionäre Erneuerung, zu verteidigen und zum Siege zu führen. Zum erstenmal hat ein sozialistischer Kongress angegeben, dass ein Zukunftsprogramm mehr hat, und das er bei seinen erbittertesten Gegnern gelinge Anteil haben muss, um aus den Sacken herauszukommen. Mit der Erklärung des französischen Generalsekretärs Paul Faure: "Wir wissen, dass unsere romantische Vorstellung der Revolution durch die Ereignisse überholt ist. Wir wissen, dass zweihundert Maschinengewehre in der Hand der Zentralmacht bedeuten" ist auch der Traum einer gewaltvollen Revolte ausgeträumt. Und die Hoffnung, dass von der Internationale der noch die Rettung für eine von der Geschichte verurteilte Weltanschauung kommen könnte, ist ebenfalls ausgegeben. Der Schatten Hitlers und Mussolinis lagert über den kriagigen Reihen des internationalen Marxismus. Was er immer noch unternimmt mag gegen seine Nebenverbündeten, am Ende steht unanstecklich Schimpf und Niederlage als sein verdientes Schicksal.

Die Besprechung Hitler-Henderson

Der Meinungsaustausch wird fortgesetzt

München, 20. Juli. Amlich wird mitgeteilt: Heute Abend soll zwischen dem Reichskanzler und dem Präsidenten der Abschlagskonferenz, Henderson, statt. In der Unterhaltung würden die in den Besprechungen in Berlin noch offengebliebenen Punkte eingehend erörtert.

Hierzu erfahren wir von unterrichteter Seite noch folgendes: Durch die Besprechungen in Berlin und in München, in denen der deutsche Standpunkt zu den von Herrn Henderson bei der Verlängerung der Abschlagskonferenz in Genf fixierten Punkten einnehmend dargelegt wurde, ist die Möglichkeit gegeben, mit dem Ziel der Errichtung eines Abkommens den Meinungsaustausch über die Abschlagsfragen fortzuführen. Die von Herrn Henderson in Berlin der Presse gegenüber als wünschenswert bezeichnete Zusammenkunft zwischen dem Reichskanzler und Dolader dürfte noch eine weitere diplomatische Vorbereitung erforderlich machen.

Reise Hendersons auch nach Moskau

Moskau, 20. Juli. Der Vorsthende der Abschlagskonferenz, Henderson, wird Anfang August in Moskau eintreffen, wo er vom Außenminister Litwinow, stellvertretenden Außenminister Krestinski und dem Kriegsminister Vorochlow empfangen werden wird. Ein Empfang bei Molotow ist nicht vorgesehen. Wie hier mitgeteilt wird, wird Henderson drei Tage in Moskau bleiben.

Papen am Hitler

Bonn, 20. Juli. Kanzler von Papen hat ausdrücklich der Unterzeichnung des Reichskonkordats folgendes Telegramm an den Reichskanzler gesandt: "Ich melde Ihnen die soeben erfolgte Unterzeichnung des Reichskonkordats, dessen Text nach Vereinbarung mit der Kurie Sonnabend nachmittags 6 Uhr veröffentlicht wird. Dank Ihrer großzügigen und weisen katholischen Aussage von der bedeutsamen Angabe der christlichen Kirche beim Kunden des Dritten Reiches ist damit ein Werk vollendet, das späterhin als eine historische Tat des Nationalsozialismus anerkannt werden wird. Nur die Wiederherstellung der geistlichen, nationalen und sozialen Grundlagen wird es

ermöglichen, die abendländische Kultur erfolgreich gegen alle Angriffe zu verteidigen, und Deutschland wird für diese historische Arbeit das unerschütterliche Fundament bilden."

Auszeichnungen und Geschenke

Bonn, 20. Juli. Kardinalstaatssekretär Pacelli überreichte heute dem Kanzler v. Papen das Großkreuz des Provinzials und dem Ministerialdirektor Böckmann ein Bild des Papstes mit eigenhändigter Unterschrift. Nach Vorstellung seiner Begleitung erhielt Oberreiterlehrer v. Rose aus den Händen des Kardinalstaatssekretärs Pacelli den Komtur des Gregorioordens und Herr von Lichtenfels u. Böckendorf den Komtur des Silvesterordens. Kanzler v. Papen überreichte dem Kardinalstaatssekretär als Geschenk der Reichsregierung eine Madonna aus weißem Meißner Porzellan.

Sie ist einen Meter hoch und eine Kopie des 1782 von dem Künstler Fischer in den Meißner Porzellanwerken hergestellten Originals. Unterstaatssekretär Erzbischof Böckendorf erhielt ein Gemälde des deutschen Bischofs Philipp Franz, den Park von Schönbrunn-Barkellern, und Unterstaatssekretär Ottaviani einen silbernen Teller mit Reichsdoppeladler. Auf allen Geschenken befindet sich die Widmung „Zur Erinnerung an das Reichskonkordat 1933“.

Am Donnerstagabend hoffte Kanzler von Papen dem italienischen Regierungchef im Palazzo Venezia einen Besuch ab. Bei dieser Gelegenheit überreichte er als Geschenk eine Büste Friedrichs des Großen in Meißner Porzellan, worüber sich Mussolini außerordentlich erfreut zeigte.

Wünsche des Papstes für Hindenburg

Berlin, 20. Juli. Kanzler von Papen hat an den Reichspräsidenten von Hindenburg aus Bonn das nachstehende Telegramm gerichtet: "Gelegentlich der nach Unterzeichnung des Reichskonkordats eben stattgehabten Audienz geruhet Se. Heiligkeit der Papst mir die herzlichsten Wünche für das Wohlgeroch Ew. Exzellenz, angleich mit den besten Segenswünschen für Deutschland, auszusprechen.

Der Reichspräsident hat wie folgt geantwortet: „Bitte Se. Heiligkeit meinen tiefschätzlichen Dank für gütige Segenswünsche zu übermitteln. Ich verbinde damit meine aufrichtigen Wünsche für das Wohlgeroch Se. Heiligkeit, gen. von Hindenburg, Reichspräsident.

Nur Abordnungen zum Reichsparteitag

Berlin, 20. Juli. Die NSDAP teilt mit: Neder die Durchführung des Reichsparteitages der NSDAP, der am 2. und 3. September in Nürnberg stattfinden wird, sind vielfach unzureichende Melbungen verbreitet worden. Es ist nicht geplant, die gesamte Parteigenossenschaft der NSDAP in Nürnberg zusammenzuziehen, sondern

es wird sowohl die SA, wie die HD und die Amtsbeamter der Partei und NSDAP nur ein bestimmtes Teilnehmerkontingent zum Parteitag nach Nürnberg entsenden.

Neder Teilnehmer erhält eine Teilnehmerkarte, ohne die ein Betrag des Parteitages verboten sein wird. Diese Maßnahme ist notwendig, um eine Zusammenbildung zu großer Menschenmassen in Nürnberg, die technisch unmöglich ist, zu verhindern. Durch öffentliche Übertragungen aus Nürnberg wird aber ganz Deutschland diesen Tag mitverleben.

Erleichterung für Aufwertungsschuldner

Berlin, 20. Juli. Das Gesetz über die Zahlungssfrist in Aufwertungssachen vom 12. Juni 1933 gibt dem Aufwertungsschuldner eine Erleichterung. Der Schuldner kann bei der Aufwertungsstelle unter bestimmten Voraussetzungen die Zahlungssfrist nach dem Gesetz vom 18. Juli 1933 beantragen, wenn er sein Antragsrecht nach diesem Gesetz bisher nicht ausgenutzt oder bereits verbraucht hatte. Auf diesem Wege kann erreicht werden,

dass Fälle, in denen die Aufwertungsschule die Zahlungssfrist verlängert hat, noch einmal geprüft werden.

Es kann auch eine bereits abgelaufene oder demnächst ablaufende Zahlungssfrist verlängert und ein früher abgelehnter oder zurückgenommener Zahlungsauftrag rückgängig gemacht werden. Anträge auf Grund des neuen Gesetzes müssen jedoch, worauf hiermit nochmals hingewiesen wird, spätestens bis 31. Juli 1933 bei der

zuständigen Aufwertungsstelle gestellt werden. Wer diese Frist verlässt, verliert den Vorteil des Gesetzes.

Direktor Führer der Landwirtschaftsgesellschaft

Berlin, 20. Juli. Seit der Revolution im Jahre 1918 hat die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft, die bis dahin Mitglieder deutscher Fürstentümern jeweils als Präsidenten und Ehrenpräsidenten an haben wollten, diese Stellen aus begreiflichen Gründen nicht mehr beklebt. Nachdem die nationale Erhebung dem Bauernstand wieder den ihm gebührenden Platz eingeräumt hat, hat sich die DLG mit freudigem Herzen entschlossen, die bisherige zwangsläufige Zurückhaltung aufzulösen. Sie hat den Bauernführer und Reichsminister H. Walter Darré gebeten, die Führung als Ehrenpräsident zu übernehmen. Trotz Überlastung mit vielen anderen Amtieren hat der Herr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft dieser Bitte entsprochen, zumal er mit den Max-Gubbe'schen Ideen eng vertraut ist, die Tätigkeit der DLG in vollem Umfang zu würdigen weiß.

Aufwandsentschädigung für Staatsräte

Berlin, 20. Juli. Das preußische Staatsministerium hat dem Amtlichen Preußischen Pressedienst aufsorge in einer Durchführungsverordnung zum Gesetz über den Staatsräte die Aufwandsentschädigung der Staatsräte auf 1000 Reichsmark monatlich festgelegt. Haben die Staatsräte ihren Wohnsitz in GroßBerlin oder Potsdam, so beträgt die Aufwandsentschädigung 500 Reichsmark monatlich. Die Auszahlung beginnt mit dem 1. des Monats, in dem die erste Staatsrätagung stattfindet.

Bild des Kanzlers in Postdiensträumen

Berlin, 20. Juli. Um die enge Verbundenheit der Deutschen Reichspost mit der Person des Reichskanzlers Adolf Hitler auch äußerlich darzutun, hat das Reichspostministerium angeordnet, dass die wichtigsten Diensträume mit dem Bild des Reichskanzlers ausgestattet werden sollen.

Was die Polizei bei den deutschnationalen Kampfstaffeln fand

Berlin, 20. Juli. Das Gebührte Staatspolizeiamt gab einige Brechervertretern Gelegenheit, einen Bruchteil des bei den deutschnationalen Kampfstaffeln anlässlich ihrer Auflösung aufgefundenen kommunistischen Veröffentlichungsmaterials zu beschaffen. Das Material stammt allein aus dem Gebiet einer einzigen Kampfstaffel, der Kampfstaffel Berlin-Oberschöneweide. Das gesuchte Geschäftnahmehinweismaterial würde bei einer Ausstellung ein Haus füllen. Die Ausstellung zeigt, in welchem Maße diese aufgelösten Organisationen von aktiven Kommunisten durchsetzt waren. Unterstellt ist dabei, dass der ehemalige Reichsamtssammler Staatssekretär Dr. v. Bismarck die Durchsetzung der Kampfstaffeln mit Marxisten auch heute noch abtreibt, obwohl dieses Material deutlich für ihn spricht.

Wie schlimmer übrigens als die Kampfstaffel Oberschöneweide waren noch die Kampfstaffeln Wiesbaden und Wedding im Norden Berlins,

die ausschließlich aus Kommunisten bestanden und sogar der Führung der deutschnationalen Kampfstaffeln unbehilflich wurden, dass sie einige Tage vor Verbot der Kampfstaffeln selbst aufloste.

In dem Museum sieht man zunächst eine große blaue Sowjetfahne mit Hammer und Sichel, darüber ein Bild von Max Hölz und daneben ein Bild von Hugo Haase, eine nicht reizlose Zusammenstellung. Neben dem Bogen der schwarzen-roten Armee der Kampfstaffel Oberschöneweide steht man einen Berg von roten Armbinden mit Sowjettern und Hammer und Sichel und dem Stempel des Antifaschistischen Kampfbundes Oberschöneweide.

Ein Mitglied der deutschnationalen Kampfstaffeln hatte also loszuladen seine zweite rote Armbinde, um seine Uniform im passenden Augenblick in eine kommunistische zu verwandeln.

Waffen aller Arten und Größen sind aufgehängt: Dolche, Revolver, Karabiner, Gewehre und dergleichen mehr. Eine ganze kommunistische Bibliothek hat man bei den Mitgliedern beschlagnahmt. Bei der Ausstellung dieser Sammlung hat man unverkennbar das Gefühl, als ob es antifaschistischen Häuterstaffeln Oberschöneweide nicht in deutschationale Kampfstaffeln übergetreten seien. Aufschlussreich ist die

Zusammenstellung der Berichte von allen Polizeirevierern Preußens.

über diese Kampfstaffeln. Die seinerzeit bei der Auflösung gemachten Angaben aus einzelnen Bezirken werden durch diese Berichte ergänzt. So gehörten 27 Mitgliedern der Kampfstaffeln im Gebiete des 46. Berliner Polizeireviers 28 bis zum 30. Januar der SPD an, in München waren von 80 Mitgliedern 25 ehemalige Marxisten, in Bielefeld gehörten in einem einzigen Bezirk von 84 Mitgliedern 6 der SPD an, darunter befand sich der Führer der kommunistischen Häuterstaffel Bielefeld und des Kampfbundes gegen den Faschismus; 28 der Mitglieder gehörten hier früher der SPD an. Die Vorkämpferregler sind auch außerordentlich interessant. Man kann nach dieser Übersicht sagen,

dass sich in Berlin die Kampfstaffeln bis zu 70 Prozent aus Vorbestraften zusammensetzen;

einzelne von ihnen hatten bis zu 20 Vorstrafen, darunter Buchhandlungen wegen Mordes, wegen Totschlags, wegen Raubüberfalls, wegen schweren Raubüberfalls, wegen Schlägerei, wegen Abreibung, auch wegen Sodomschwesterdienste. Der größte Teil dieser Vorbestraften, damit ungefähr die Hälfte der Kampfstaffelmitglieder, waren aus der Kirche ausgetreten und auch zur Zeit ihrer Mitgliedschaft bei den deutschnationalen Kampfstaffeln noch im Freidenkerverband.

Neue Ausführungsbestimmungen zum Beamtengebet

Berlin, 20. Juli. Der Reichsinnenminister und der Reichspräsident haben eine neue Durchführungsverordnung zum Gesetz über die Wiederherstellung des Beamtenbeamtenums erlassen. Wie das BDA-Uro meldet, bringt die neue Verordnung im wesentlichen die Klärung einer Reihe von Zweifelsfragen. Nur in einem Punkte enthält sie eine Bestimmung von materieller Bedeutung, nämlich über die Rente im Gewährung an Hinterbliebene von Beamtenbeamten. Nach dem Gesetz zur Wiederherstellung des Beamtenbeamtenums sind Beamtenbeamte, also solche Beamte, die ohne die vorgeschriebene Ausbildung und Eignung seit dem 9. November 1918 in das Beamtenverhältnis eingetreten sind, ohne Autorisierung auf Ruhe- oder Wartegeld zu entlassen. Um Rücksicht der Bedürftigkeit kann aber eine jederzeit widerrufliche Rente gewährt werden, und zwar in der Höhe bis zu einem Drittel des Grundgehalts. Die neue Durchführungsverordnung sieht nur vor, dass eine solche jederzeit widerrufliche Rente gewährt werden kann, und zwar in der Höhe bis zu einem Drittel des Grundgehalts. Die neue Durchführungsverordnung sieht nur vor, dass eine solche jederzeit widerrufliche Rente gewährt werden kann, und zwar in der Höhe bis zu einem Drittel des Grundgehalts. Die neue Durchführungsverordnung sieht nur vor, dass eine solche jederzeit widerrufliche Rente gewährt werden kann, und zwar in der Höhe bis zu einem Drittel des Grundgehalts.

Die Rente kann nicht übersteigen, der dem verstorbenen Beamten als Rente hätte bewilligt werden können.

Die Auferstehung der Bierpfennigstube

Berlin, 20. Juli. Der Reichsrat stimmte in seiner Sitzung am Donnerstag der Verordnung des Reichsfinanzministeriums zu, wonach die Bierpfennigstube aus einer Bronzemedaille vom 1. Oktober 1933 ab nicht mehr als gefälschliches Zahlungsmittel gelten. Bis zum 30. September 1935 werden sie aber noch bei den Reichs- und Landesfesten zu ihrem Preiswert sowohl in Zahlung als auch zur Umwechselung angenommen.

Wie mitgeteilt wurde, sind zu Hessenvertrittene Bevollmächtigte zum Reichsrat ernannt: Von Preußen der Ministerialrat Wagner, aus Sachsen der Leiter des sächsischen Staatskanzlei Ministerialdirektor Günther, und von Thüringen der Ministerialrat Hörzel sowie der Land- und Forstwirt Dr. Albrecht.

Das evangelische Frauenwerk

Berlin, 20. Juli. Der Bevollmächtigte des Reichsfangs für die Angelegenheiten der evangelischen Kirche, Wehrkreispräsident Müller, hat dem Reichsministerium des Innern die Mittelstellung überlassen, dass sich das evangelische Frauenwerk in vier Arbeitsräumen in die Arbeitsgemeinschaft deutscher Frauenverbände eingegliedert hat. Damit ist das große Einigungswerk zwischen evangelischer Kirche und Staat auch auf die Gesamtarbeit der evangelischen Frauenverbände ausgedehnt worden, die sich geschlossen der nationalsozialistischen Reichsregierung unterstellt haben.

Gerade an heißen Tagen...

wird die berüchtigte erstickende Wirkung des Chloroform-Jahnoffs und des hochconzentrierten Chloroform-Mundwassers überaus unangenehm. Geplante weiße Zahne und reiner Atem sind überall und zu jeder Zeit eine Empfehlung. Chloroform-Zähne 50 Pf., große Zahne 80 Pf., auch in den nächsten Orten erhältlich.